

Badische Landesbibliothek Karlsruhe

Digitale Sammlung der Badischen Landesbibliothek Karlsruhe

Karlsruher Zeitung. 1784-1933 1894

17.2.1894 (No. 47)

Karlsruher Zeitung.

Samstag, 17. Februar.

No. 47.

Expedition: Karl-Friedrichs-Strasse Nr. 14 (Telephonanschluß Nr. 154), woselbst auch die Anzeigen in Empfang genommen werden.
Sorausbezahlung: vierteljährlich 3 M. 50 Pf.; durch die Post im Gebiete der deutschen Postverwaltung, Briefträgergebühr eingerechnet, 3 M. 65 Pf.
Einrückungsgebühr: die gepaltene Zeitzeile oder deren Raum 20 Pfennige. Briefe und Gelder frei.

1894.

Dicht-Amtlicher Theil.

Karlsruhe, den 16. Februar.

Der deutsch-russische Handelsvertrag wird, wenn eine Meldung der „Kölnischen Zeitung“ zutrifft, heute in den Ausschüssen des Bundesraths beraten werden. Das genannte Blatt nimmt an, daß die endgiltige Abstimmung des Bundesraths über den Vertrag morgen erfolgen und daß der letztere dann noch im weiteren Verlauf des morgigen Tages dem Reichstage zugehen werde. Die „Post“ will dagegen aus unterrichteten Kreisen vernommen haben, der Vertrag werde voraussichtlich erst in der nächsten Woche an den Reichstag gelangen. Jedenfalls wird der Zeitunterschied aber kein beträchtlicher und der Reichstag schon in aller nächster Zeit in der Lage sein, an die Beratung des Vertrages heranzutreten. Einweisen fahren die Blätter fort, die Chancen des Vertrages im Reichstag zu erörtern. Es tritt dabei immer allgemeiner die Ueberzeugung zu Tage, daß die Mehrheit des Reichstages sich für die Annahme des Vertrages erklären wird; die Versuche zu einer ziffermäßigen Berechnung der voraussichtlichen Mehrheit haben jedoch wenig Zweck, da sie auf unsicheren Grundlagen beruhen. Von den heute vorliegenden Bestimmungen zu dem deutsch-russischen Handelsvertrage dürfte eine Aenderung der „Hamburger Nachrichten“ besondere Beachtung finden. In einem Leitartikel über den Handelsvertrag empfehlen die „Hamburger Nachrichten“ den Landwirthen, falls die genaue Prüfung der Sache im Reichstage ergeben sollte, daß der Nutzen des Vertrages für die Industrie erheblich größer als der Schaden für die Landwirtschaft wäre, zu erwägen, ob es nicht im Interesse der Aufrechterhaltung der Solidarität der produktiven Stände nützlich sei, die Bedenken gegen den Vertrag zurücktreten zu lassen, um einer weiteren Entfremdung zwischen Industrie und Landwirtschaft vorzubeugen.

Der englische Staatssekretär des Innern, Asquith, ist in den Zeitungen heftig angegriffen worden, weil er gegen den Sozialistenführer Williams nicht auf Grund der ansehnlichen Reden dieses Agitators bei den Verhandlungen der Londoner Arbeitslosen eingeschritten ist. Gestern verteidigte sich Asquith im Unterhause gegen diese Vorwürfe. Er erklärte, er halte an der Ansicht fest, daß es nicht rathsam sei, wegen der von Williams an die Arbeitslosen gehaltenen Ansprachen, obwohl die Reden zu Gewaltthaten aufreizten, eine gerichtliche Verfolgung eintreten zu lassen, da Williams weder Autorität noch Anhang besitze. Eine gerichtliche Verfolgung würde Williams nur eine eingebilbete Wichtigkeit verleihen. Sollte jedoch eine gerichtliche Verfolgung angezeigt erscheinen, so würde er sofort demgemäß eingreifen. Die Polizei wache darüber, daß ein Ausbruch der Volkswilderei verhindert werde. Der Leiter des englischen Ministeriums des Innern behält also gegenüber den Aufregungen eines Williams und anderer Agitatoren seinen abwartenden Standpunkt bei. Er wird mit seiner Begründung dieses Verhaltens diejenigen, die in den „Ti-

mes“ und anderen großen Blättern Londons ein energisches Einschreiten gegen die Verhegung der Volksmassen forderten, schwerlich überzeugen. Wie die Sachen angeht, der geistigen Erklärung Asquiths liegen, wird man in London sich auf die Hoffnung beschränken müssen, daß die Regierung ausreichende Fürsorge getroffen hat, um die öffentliche Ordnung für jeden Fall zu sichern.

Deutscher Reichstag.

Im Reichstag gab gestern die Fortsetzung der Beratung über den Postetat einigen Abgeordneten Veranlassung, über die Angelegenheit zu prunkvoller Ausföhrung von Postgebäuden zu klagen. Das selbste zuerst bei der Forderung für Herstellung eines neuen Dienstgebäudes in Deutsch-Krone, dann bei der Forderung für ein Dienstgebäude in Greifswalde. Beide Positionen wurden übrigens bewilligt. Dann genehmigte der Reichstag den Rest der außerordentlichen Ausgaben, mit Ausnahme der von der Kommission bereits gestrichelten Position für Erwerbung des Grundstücks in Wissa, ohne Debatte.

Die Einnahmen an Porto- und Telegraphengebühren veranschlagt der Etat auf 245 500 000 M. Die Einnahmen würden eigentlich auf 248 970 000 M. anzufragen sein. Bei den Störungen aber, welchen die Steigerung der Einnahmen seit 1889/90 ausgesetzt war, erscheint es der Regierung geboten, über den Etatfall nicht hinauszugehen. Die Kommission hält dagegen an dem Antrag der Einnahmen mit 248 970 000 M. fest und beantragt demgemäß eine Erhöhung des Etatfalls um 3 470 000 M.

Abg. Staubb (kon.) beantragte, die Position nach dem Etatfall zu bewilligen. Direktor des Reichspostamts, Achenborn, erklärte: Der Vorschlag der Kommission, die Einnahmen zu erhöhen, ist so ungewöhnlich, daß ich mich veranlaßt sehe, das Wort zu ergreifen. Die budgetrechtliche Befugnis zur Erhöhung will ich nicht betreten, bitte aber, die wichtige Staatspraxis nicht außer Acht zu lassen. Andererseits wird bei jedem Wechsel die Schätzung für die Zukunft erschwert. Was den speziell hier in Frage kommenden Antrag betrifft, so ist bei Veranschlagung desselben seit etwa zehn Jahren stets in derselben Weise verfahren worden; unter Berücksichtigung der jeweiligen wirtschaftlichen Lage wird stets ein bestimmter Satz von der rechnungsmäßigen Erwartung in Abzug gebracht, damit auch bestimmt das Etatsoll aufgebracht werde. Genau so ist auch hier verfahren worden. Die Budgetkommission will nun den bisherigen Weg verlassen. Die Gründe hierfür scheinen mir nicht durchschlagend zu sein, um so weniger, als sich in den letzten Jahren Mindererträge ergaben. Ich bitte Sie, dem Antrage Staubb zuzustimmen.

Abg. Schmidt-Eberfeld kommt auf die Debatte über das Porto der Einheitsbriefe zurück. Der Staatssekretär habe die Forderung, das Gewicht der Einheitsbriefe von 16 auf 20 Gramm zu erhöhen, mit der Behauptung zurückgewiesen, daß dann ein Einnahmeausfall von 5 1/2 Millionen einträte. Nach der Widerlegung durch die offizielle Statistik habe sich Direktor Sachse auf eine andere Statistik von 1891 gestützt. Wenn sich die beiden Statistiken nicht decken, dann können unmöglich beide richtig sein. Der Redner hält seine früheren Angaben nach wie vor aufrecht und versucht deren Richtigkeit durch theils frühere, theils neuere Angaben nachzuweisen.

Direktor Sachse hielt seinerseits seine früheren Angaben aufrecht. Die Statistik des Reichspostamts sei mit größter Sorgfalt aufgestellt worden. Auch wir möchten gerne eine Erhöhung des Gewichtes der Einheitsbriefe durchführen, aber uns hindert daran allein der hohe Ausfall. Der Redner wiederholte, selbst

nach der Statistik, auf welche der Abg. Schmidt sich stützt, Beträge der Ausfall immer noch über drei Millionen, da die Hälfte der 64 Millionen Doppelbriefe in Fortfall kämen.

Abg. Schmidt-Eberfeld bemerkte wiederholt, daß eine der beiden Statistiken unrichtig sein müsse; er habe die Statistik von 1892 angeführt sammt Bayern und Württemberg.

Abg. Gammacher (nat-lib.) sprach sich für den Antrag Staubb aus. Der Direktor Achenborn habe nachgewiesen, daß der Etatsanfall richtig sei. Man könne nicht einfach den Durchschnitt der drei letzten Jahre bezüglich der Steigerung der Einnahmen annehmen, sondern müsse alle Momente berücksichtigen, die fördernd wirken.

Abg. Richter meint, wenn die Budgetkommission überhaupt eine Bedeutung hat, so müsse man ihr in dieser Frage der Finanzierung des Etats folgen. „Wir können unmöglich die Frage einer neuen Steuerbewilligung in Betracht ziehen, ehe nicht der Etatsanfall der Wirklichkeit entsprechend gestaltet wird. Von einer kompetenten Staatspraxis kann hier nicht die Rede sein. Die Regierung hat gerade die konstante Staatspraxis verlassen und einen willkürlichen Abzug gemacht. Wir verlangen, daß die Summe der durchschnittlichen Steigerung des Verkehrs der letzten drei Jahre angelegt wird.“ Der Abgeordnete stellte die Frage, weshalb man die Ungunst des letzten Jahres, die jetzt bereits überwunden sei, bei der Ansetzung des Etats maßgebend sein lassen wolle? Seiner Ansicht nach wäre es durchaus ungerathen Einzelknoten gegenüber, welche die Matrifularbeiträge aufzubringen haben, die an und für sich ungerathen Verminderung der Einnahmen im Etat vorzunehmen.

Staatssekretär v. Stephan äußerte, die Regierung habe kein Interesse, den Etat möglichst niedrig anzusetzen. Wenn der Redner sagte, ich hätte selbst eine Verkehrssteigerung bei der Post zugestanden, so war eine solche damals vorhanden. Indes haben sich die Verhältnisse seitdem ungünstig geändert. Im Dezember 1893 war der Postüberschuss 5 Millionen, 1892 dagegen 7 Millionen. Die von der Kommission beschlossene Mehrerhöhung beträgt 22 Proz. Eine solche Heraufsetzung ist noch nie vorgekommen. Der Verkehr mit Amerika ist geringer geworden wegen der dortigen Kriege und der Silberkrise. Dann bedenten Sie, welche Kosten ein solcher Sturm wie der letztjährige macht. An den Telegraphenleitungen hatten wir einen Schaden von 600 000 M., allein in Hamburg einen solchen von 197 000 M. Es ist sehr gefährlich, solche Etatserhöhungen in der Kommission vorzunehmen, denn dann geht die Last der Verantwortlichkeit von den Schultern der Reichsbeamten auf den Reichstag über.

Abg. Leipziger bekämpfte die Ausführungen des Abg. Richter und hob hervor, die Konservativen wollten eine Besserung der Finanzverhältnisse, das gelte aber nicht durch künstliche höhere Etatsanträge, welche die Matrifularbeiträge aufzubringen haben, die an und für sich ungerathen Verminderung der Einnahmen im Etat vorzunehmen.

Abg. Bebel hob die Berechtigung des Kommissionsantrages hervor und regte an, daß das Briefporto in Berlin auf 5 Pf. ermäßigt wird.

Staatssekretär v. Stephan erklärte es als eine vollständige Erfindung, daß über die Erhöhung der Gewichtsgrenze für Einheitsbriefe mit Bayern irgendwie verhandelt worden sei.

Direktor Achenborn verwarf die Reichspostamt dagegen, zu sehr nach Schablone, wie Richter meinte, den Etat aufgestellt zu haben. Die Grundzüge seien freigegeben, die von allen beteiligten und maßgebenden Faktoren Jahre lang festgehalten worden seien. Der Etat ist nicht günstig, auch nicht ungünstig aufgestellt.

Abg. Richter betonte das Recht des Reichstages zu solchen Maßnahmen und sieht nicht ein, wie die Regierung so sehr für die Beibehaltung des Etatsanfalles sich erwärmen kann.

Nach kurzen Bemerkungen der Abg. Wachsmund und Bebel

Kunstverein.

Ein Stück Heidelberger Wald- und Bergpforte tritt den Besuchern des Kunstvereins in dem großen Landschaftsbilde des Düsseldorfers Karl Ludwig Fröhlich: „Aus dem Heidelberger Stadtwald“ entgegen. Man glaubt es aus der liebevollen Behandlung des gewählten Motivs, aus der offenkundigen Freude und Hingebung, mit welcher der Künstler sein Werk geschaffen hat, herausfühlen zu können, daß hier Heimatsliebe dem Maler den Pinsel geführt hat. Denn Fröhlich ist allerdings in Heidelberg selbst geboren und daß er einen offenen Blick, ein warmes Herz für die landschaftlichen Reize der Umgebung seiner Vaterstadt sich bewahrt hat, trotzdem auch seine neue Heimath am Rhein seinen malerischen Sinn mächtig anregen muß, bezeugt dieses prächtige Bild. Eine Richtung im Walde, überflutet von goldenem Sonnenschein, ist der Gegenstand der Darstellung, und die mannigfaltigen Ablösungen des Blättergrün in dem Geäst der Bäume, die helle und warme Beleuchtung der Landschaft, der düstige gemalte Ausblick auf die Berge werden neben der künstlerisch feinen Ausführung vieler Einzelheiten, wie des anschaulich wiedergegebenen Waldbodens mit den Reflexen des Sonnenlichtes und der auf die Richtung herausstretenden Rede, das für echte Kunst empfindliche Auge ebenso lebhaft fesseln wie erfreuen.

Aus dem Waldeleben hat auch Professor Hugo Knorr sich die Motive zu den zehn Kohlenzeichnungen geholt, welche die dem Fröhlich'schen Delgemälde gegenüberliegende Wand des Saales schmücken. Man bewundert die Feinheit und die Stimmung dieser Zeichnungen, die der Farbe nicht verberken, um mit voller Lebendigkeit zu wirken, die Kraft und Klarheit der Zeichnung.

Ein phantastisches, durch die Eigenart des Kolorits fesselndes Bild ist Hans v. Soltmann's „Rosenwildnis“ mit der Fülle der leuchtend von dem dunklen Grün sich abhebenden roten Rosen. Ein geheimnißvolles Dämmerlicht liegt auf diesem stillen

Rosengarten und der Eindruck des Feierlichen und Einfamen wird durch das hohe Gemäuer im Hintergrunde des Bildes verstärkt.

Im übrigen überwiegt unter den neuen Erscheinungen im Kunstvereinssaale das Porträt und das Genrebild. Ein lebensgroßes Mädchenporträt stellt Friedrich Ferdinand Koch in München aus. Es tritt hier das Bestreben zu Tage, an Stelle der gleichgültigen und nichtsfahenden Stellungen der meisten Porträts die darstellende Person in einer bestimmten Situation zu schildern. Eine junge Dame in lichte Morgenleide, mit aufgelöstem Haar, ist eben vom Klavier aufgestanden und steht im Begriff, ein Fenster zu öffnen. Den Zuschauer des Bildes interessiert das feine und durchgeistigte Gesicht, das nur, da die Dame den Kopf vom Fenster wegwendet, vielleicht zu stark beschattet wird. Die bleiche, blutleere Gesichtsfarbe und die mageren Hände deuten auf eine Leidende hin, wozu auch die ganze Stimmung des Bildes paßt.

Ungezwungenheit der Haltung und ein frischer, lebendiger Gesamteindruck zeichnen das Herrenbildnis von Richard Straßberger aus. Einen interessanten Frauenkopf bringt Arnald Kaschid in Freiburg als „Porträt meiner Mutter“ zur Ansicht. Die Gesichtsbildung zeigt einen südländischen Typus, der Ausdruck ist edel und der warme Fleischton ist gut getroffen; schade, daß die Augen, die die porträtierte Dame sie auf ein Buch befest, in dem sie liest, nicht besser zur Geltung kommen. In Pappel sind ein wohlgeordnetes Herrenporträt von Karl Hoff und ein Kinderporträt des vielseitigen und originellen, aber leider auch zur Bizarrerie neigenden Franz Hein gemalt. Was Eduard Rassa in Düsseldorf mit seinem Bilde: „Ein Ahne“, dem Bildnisse eines mittelalterlichen Fahnenträgers, hat ausdrücken wollen, ist nicht recht klar; die kräftige Gestalt des led dreinschauenden Bannerträgers in seiner malerischen Tracht ist im übrigen effectvoll wiedergegeben.

Einige sehr bemerkenswerthe Genrebilder stellt F. Schnitzler-Düsseldorf aus; besonders „Beim Wildpretjäger“ und „Die

Bergeglichen“ legen Zeugnis von scharfer Beobachtung und charakteristischer Auffassung bei vollendeter Technik ab. „Die Rundschafter“ von H. Hofmann in Heidelberg stellen zwei bewaffnete Reiter dar, die sich bei einem Wägen ansetzenden nach dem Wege zu der in der Entfernung sichtbaren Burg erkundigen; das Bild hängt zu unglücklich, um eine genauere Beurtheilung zu ermöglichen. Ein sehr hübsches und lebendig aufgefaßtes Thierbild bietet Joseph Kersten in den „Indischen Wasserbüffeln“ dar; die eigenartigen Körperformen dieser indischen Thiercolosse kommen gut zur Geltung.

Konert.

8. Ein nicht sehr zahlreiches, aber kunstverständiges Publikum hatte sich am Mittwoch Abend im Museumsaal versammelt, um den Gesangsvorträgen zweier in Karlsruhe wohlbekannten und gegenwärtig von Mainz herübergekommenen Konzertgeber zu lauschen. Frau Schott-Mohr, welche über eine besonders in den höheren Lagen hübsch klingende, wenn auch nicht recht ausgeglichene Stimme verfügt, fand für ihre mannigfaltigen und bis auf eine jeweilige allzu unsichere Intonation und einzelne etwas gewaltsame Tonansätze ansprechenden Vorträge Bisfall, der besonders nach dem von Frau Schott-Mohr sehr hübsch gesungenen „Wiegenlied“ von Ries und dem Duett aus „Carmen“ ein ziemlich einmüthiger war. Auf Vungert's höchst unsympathisches „Sand! Sand!“ hätten wir ebenso gerne verzichtet wie auf Mascagni's furchtbar äußerliche und in ihrem Refrain zudem von Verdi entlehnte „Aufsagung“, wogegen Schumann's „Marienwärdchen“ und zum Theil die Sufannen-Arie aus der „Hochzeit des Figaro“ der Sängerin Gelegenheit gaben, die Vorzüge ihres Organs und ihrer Vortragsweise, trotz mancher Mängel der Tonbildung und der Lokalisation, zu besser Geltung zu bringen. Herr Adolf Waffer mann, der im hiesigen Publikum von seiner früheren schauspielerischen Thätigkeit an unserer Hofbühne her noch viele Freunde besitzt und der mittlerweile eine Metamorphose zum Bühnensänger durchgemacht hat, stellte sich dem

wurde der Antrag der Budgetkommission gegen die Stimmen der beiden konservativen und nationalliberalen Fraktionen angenommen, ebenso der Rest der Einnahmen.

Bei dem Etat der Reichsdruckerei erkannte Heereman die gute Verwaltung, sowie die ausgezeichneten Leistungen derselben an, namentlich auf dem Gebiete der galvanoplastischen Herstellung der Stiche.

Staatssekretär v. Stepha n dankte im Namen der Leiter der Reichsdruckerei für diese Anerkennung. Die Leistungen wären nicht möglich, wenn nicht der Reichstag die Mittel bewilligte; im übrigen wünsche er, daß die Herren in die Postverwaltung einen ebensolchen Einblick nähmen, wie in die Angelegenheiten der Reichsdruckerei. Wahrscheinlich sollten sie dann der Postverwaltung eine gleiche Anerkennung. (Weiterkeit.)

Abg. Schmidt-Elsfeld schloß sich der Anerkennung Heereman's an und wünschte, daß die Reichsdruckerei der Industrie mit Auskunst über die Art und Weise zur Erzeugung vollkommener Erzeugnisse an die Hand gebe. Der Etat wurde bewilligt. Nächste Sitzung Freitag: Etat des Auswärtigen Amtes und Kolonialetat.

Deutschland.

* Berlin, 15. Febr. Heute Vormittag besichtigten Ihre Majestäten der Kaiser und die Kaiserin die ihrer Vollendung entgegengehende Lutherkirche am Dennewitzplatz und besuchten anschließend daran das Atelier des Bildhauers Professor Hertler, um die Skizzen der für die „Lange Brücke“ in Potsdam bestimmten Soldatenfiguren in Augenschein zu nehmen. Nach dem Schlosse zurückgekehrt, hörte der Kaiser den Vortrag des Kriegsministers, der in Begleitung des Geheimen Kriegsraths Lehmann erschienen war, und arbeitete sodann längere Zeit mit dem Chef des Militärkabinetts. Um 1 Uhr fuhr Seine Majestät nach Potsdam, um in der Offizierskaserne des Leib-Garde-Fußarenregiments das Frühstück einzunehmen. Nach der Rückkehr aus Potsdam wohnte Seine Majestät der Vorstellung im Deutschen Theater bei.

Am nächsten Dienstag wird Seine Majestät der Kaiser in Wilhelmshaven erwartet, wo der erlauchte Monarch der Jubelfeier zum fünfundsiebenzigjährigen Bestehen des auf den Namen seines hochseligen Großvaters getauften Panzerschiffes beizuwohnen will. Der Kaiser wird nach seiner Ankunft in Wilhelmshaven zuerst der Bereidigung der Marinerekruten in dem Exerzierschuppen in der Düstriesenstraße beizuwohnen und sich dann an Bord des Panzerschiffes „König Wilhelm“ begeben, um eine Inspizierung des Schiffes vorzunehmen, an die sich das Festessen im Offizierskasino anschließt. Die Nacht dürfte der Kaiser, wie in früheren Jahren, in seinem Sonderzuge auf der West zu bringen. Mit wachsender Bestimmtheit tritt das Gerücht auf, daß Seine Majestät mit der Reise nach Wilhelmshaven einen Besuch beim Fürsten Bismarck in Friedrichsruh verbinden werde. Wenn der Monarch einen solchen Besuch beabsichtigt, und in der Presse ist das schon gleich nach der Abreise des Fürsten Bismarck aus Berlin mit Sicherheit behauptet worden, so würde allerdings die Reise nach Wilhelmshaven eine dafür geeignete Gelegenheit darstellen. Den Blättern gegenüber, die es als offene Frage behandeln, ob der Besuch in Friedrichsruh auf der Hin- oder auf der Rückreise von Wilhelmshaven stattfinden werde, ist jedoch darauf hinzuweisen, daß Seine Majestät der Kaiser für den 21. Februar einen kurzen Besuch am Großherzoglich Oldenburgischen Hofe angekündigt hat. Die größere Wahrscheinlichkeit spricht also dafür, daß ein Besuch des Monarchen in Friedrichsruh nicht auf der Rückreise, sondern auf der Hinreise nach Wilhelmshaven erfolgen würde. Diese Lesart findet sich denn auch heute in den Blättern. Es wird berichtet, der Kaiser werde am 19. Februar in Friedrichsruh ankommen, dort einige Stunden verweilen und am Abend nach Wilhelmshaven weiterreisen.

Der Generalleutnant z. D. Schmelzer ist im 67. Lebensjahre gestorben. Mitte der siebziger Jahre war er Direktor der vereinigten Artillerie- und Ingenieurschule. Zuletzt kommandierte er die 1. Fußartilleriebrigade.

Publitum als Tenor vor und lieferte den Beweis, daß eiserner Fleiß und konsequentes Wollen auch ohne eine hervorragende natürliche Stimmgabe in kürzester Frist zu recht respektablen Resultaten führen können. Allerdings hatten Herrn Bassermann's Gesänge noch zahlreiche Ungeklärtheiten an, so ein allzu unruhiges, unwillkürliches Bewegen der klangbildenden Organe sowie anderer Körperteile, ein fast völliges Verschließen des Mundes beim Piano, ein gewaltiges Erpressen hoher Töne und manche Mängel der Gesangsvoikalisierung (letzteres namentlich bei allen *u*- und *o*-artigen Lauten), im ganzen aber erweckten seine Leistungen den Eindruck, daß ihm ein erfolgreiches Verfolgen der Tenoristenlaufbahn wohl möglich werden dürfte, wenn die Rauheit und Farblosigkeit der tieferen Mittelstimm, welche uns in diesem Konzerte auffielen, ihren Grund in einer Indisposition und nicht in einer Uebermüdung der Stimmbänder hatten. In der Höhe dürfte Herrn Bassermann's Stimme durch geschicktere Mitverwendung der nasalen Resonanzgebiete wesentlich an Volumen und an leichterem Ansprache gewinnen. Herr Bassermann sang *Regitativ* und *Arie*: „Ach, mir lächelt umsonst buldvoll des Königs Bild“ aus „Josef und seine Brüder“, die Vieder „Andenken“ von Beethoven, Siegmund's Liebesgesang aus der „Walküre“ und „Wanderlied“ von Schumann, mit Frau Schott-Mohr das bekannte Duett aus dem ersten Akte von „Carmen“ und zum Schluß des Programmes die große *L-dur*-Arie des Hön aus Weber's „Oberon“. Hierbei fiel uns eine gewisse leichte Beweglichkeit der Stimme auf, die ebensovohl als der Mangel einer energievolleren Kraft der Mittelstimm Herrn Bassermann mehr auf das lyrische Tenorfach zu verweisen schienen. Allerdings ist das Konzertsingen für den angehenden Bühnensänger doppelt schwierig, weil man im Konzertsale die kleinen Mängel der Tongebung viel mehr gewahrt wird, als auf der Bühne, wo auch der Sänger mehr al fresco schaffen darf. Gleich seiner Partnerin fand auch Herr Bassermann vielfach freundlich aufmunternden Beifall. Herr Schott, der Gatte der Sängerin, begleitete in geschickter Weise sämtliche Nummern des Programmes, sowie eine als Komposition recht anspruchsvolle Zugabe des Herrn Bassermann.

— Zum deutsch-russischen Handelsvertrag liegt wiederum eine Reihe von Zustimmungskundgebungen aus Handelskreisen vor. Der Ausschuß der Stuttgarter Landesproduktenbörse hat sich mit dem Handelsvertrag einverstanden erklärt, unter ausdrücklicher Betonung der Voraussetzung, daß die preussischen Staffeltarife aufgehoben würden. Die Straßburger Handelskammer hat ihre Befriedigung über den Abschluß eines Handelsvertrags mit Rußland ausgesprochen und beschlossen, bei der demnächstigen Plenarversammlung des deutschen Handelstages, in welcher zu dem Vertrage Stellung genommen werden soll, durch drei Abgeordnete sich vertreten zu lassen, und durch diese für den Vertrag zu stimmen. In Liegnitz hat eine unter Teilnahme des dortigen Fabrikantenvereins, Kaufmännischen Vereins, Technischen Vereins und Gewerbevereins abgehaltene, zahlreich besuchte Versammlung eine Resolution beschlossen, die sich für die mit 1891 eingeleitete Handelsvertragspolitik ausspricht, auf die Nachteile des Zollkriegs hinweist und an den Reichstag die Bitte richtet, dem deutsch-russischen Handelsvertrag zum Wohle des Vaterlandes die verfassungsmäßige Zustimmung zu erteilen. Die Elberfelder Handelskammer hat bezüglich des deutsch-russischen Handelsvertrages eine Erklärung angenommen, die dem Reichstage übermittelt werden soll und die sich dafür ausspricht, „daß durch Genehmigung des deutsch-russischen Handelsvertrags dem zwischen zwei großen benachbarten Ländern zur Zeit bestehenden unheilvollen Zollkrieg ein Ende gemacht und zum Vortheil für die Beziehungen beider Reiche ein regelmäßiger, weiterer Entwicklung fähiger wirtschaftlicher Verkehr angebahnt werde“.

— Im preussischen Herrenhause regte heute Graf Kintowström die Frage wegen der Aufhebung der Staffeltarife an. Er legte Verwahrung gegen die Einmischung Bayerns in eine rein preussische Angelegenheit ein. Eisenbahn-Minister Thielen erklärte, er könne die Frage nach der Stellung der Regierung zu der Aufhebung der Staffeltarife nicht beantworten, theils aber mit, daß Bayern bereits im vorigen Jahre, als vom russischen Handelsvertrag noch keine Rede war, seine Besorgnis über die Wirkung der Staffeltarife ausgedrückt hat. Das Ergebnis der gegenwärtig hierüber gepflogenen Verhandlungen mit den bayerischen Delegirten sei noch nicht voranzuführen. Aber nicht nur Bayern, sondern auch Württemberg, Baden und Sachsen hätten Reklamationen an Preußen gerichtet. Die Annahme, daß Bayern seine Abtötung über den russischen Handelsvertrag von der Aufhebung der Staffeltarife abhängig gemacht habe, sei unrichtig. Gegenüber dem Grafen Mirbach erklärte der Minister, Bayern sei bemüht, die Wirkung der Staffeltarife für Süddeutschland zu mildern; diese Bemühungen seien dann nach und nach zu einem gewissen Zusammenhang mit dem russischen Handelsvertrag zugespitzt worden.

— Das Abgeordnetenhaus hatte heute die Beratung über den Justizetat begonnen. Auf eine Aeußerung des Abg. Kranz, der die Revision der Civilprozessordnung befürwortete, erwiderte Justizminister v. Schelling, die Civilprozessordnung stehe allerdings in einigen Punkten mit den praktischen Bedürfnissen nicht in Uebereinstimmung. Er habe Vorschläge zur Verbesserung dem Ministerium unterbreitet; diese Vorschläge seien angenommen und dem Reichskanzler unterbreitet worden. Das Schreibwerk müsse vor allem eingeschränkt werden. Er habe schon jetzt eine Verfügung erlassen, das Schreibwerk auch schon unter den jetzigen Verhältnissen einzuschränken.

Oesterreich-Ungarn.

Wien, 15. Febr. Im böhmischen Landtag haben die Jungtschechen eine Interpellation wegen des Prozesses gegen die Mitglieder des Geheimbundes „Omladina“ eingebracht. Sie führen in der Interpellation verschiedene Vorwände an, durch welche sich die Angeklagten beschwert fühlen, insbesondere stellen sie die von dem Gerichtspräsidenten ergriffenen Maßnahmen als rechtswidrig dar, wobei die Verfügung, der zufolge bewaffnete Schutzleute im Gerichtssaale anwesend waren, sogar als Provokation bezeichnet wird, die dazu bestimmt sei, in der Öffentlichkeit die Meinung hervorzurufen, daß man es wirklich mit gefährlichen Elementen zu thun habe, welche die Aufrechterhaltung des Ausnahmezustandes verschulden. Die Interpellanten fragen den Statthalter, ob er geneigt sei, solche Veranstaltungen zu treffen, die es den Verteidigern ermöglichen, ihren Verpflichtungen ohne Assistent der bewaffneten Macht im Gerichtssaale nachzukommen. Der Statthalter beantwortete heute die Interpellation. Er erklärte, er könne der Aufforderung der Interpellanten, die Verhandlung frei und ohne Anwesenheit der bewaffneten Macht fortsetzen zu lassen, nicht entsprechen, da die Richter in der Ausübung ihres Amtes gesetzlich unabhängig sind. Der Statthalter könne sich nicht einmal in eine Kritik über die Verhandlung einlassen; er könne höchstens aussprechen, daß der Vorsitzende des Gerichtshofes verpflichtet sei, die Autorität zu schützen und den ungehörigen Fortgang der Verhandlungen zu mahnen. Die Andeutungen, als ob der Gerichtshof die Angeklagten zum Widerstand provoziren wollte, um größeres Material gegen dieselben, sowie für die Verhängung des Ausnahmezustandes zu gewinnen, müsse er als eine unbegründete Verdächtigung mit Nachdruck zurückweisen. Er bedauere, daß die Sache vor das Forum des Landtages gezogen worden sei, wohin sie nicht gehöre. (Wie man sieht, hat der Statthalter unter genauer Beobachtung der Grenzen, die seinen Äußerungen durch die Unabhängigkeit des Gerichts gezogen sind, eine durchaus würdige und von staatsmännischem Geist getragene Erklärung abgegeben. Von den jungtschechischen Abgeordneten ist es dagegen recht unklar gewesen, sich für Leute zu ereifern, die unter

schwerer Anklage vor den Schranken des Gerichts stehen; der innere Zusammenhang zwischen der jungtschechischen Agitation und dem Gesekwidrigkeiten, die den Gegenstand der Anklage im Omladina-Prozesse bilden, wird dadurch nur noch deutlicher kenntlich gemacht.)

Frankreich.

Paris, 16. Febr. (Tel.) Das Dynamitverbrechen im Terminus-Hotel, die Aussagen des Attentäters und die offenbar im Zusammenhange mit dem Attentat vorgenommenen Verhaftungen beschäftigen die öffentliche Meinung in Paris noch immer angelegentlicher als alles andere. In der letzten Nacht hat die Polizei in Belleville die Werkstatt des Attentäters entdeckt; in derselben wurden große Mengen von Sprengstoffen aller Art vorgefunden. Sein Glück hat der Schuzmann Poisson gemacht, der den Urheber der Dynamitexplosion verhaftete. Er wurde deforirt und einige Blätter haben eine öffentliche Subskription zu seinen Gunsten eingeleitet. (Daß er für sein unerforschtes Verhalten und seinen Pflichteifer von amtlicher Seite ausgezeichnet wurde, ist gewiß in der Ordnung; die Veranstaltung einer öffentlichen Subskription geht etwas weit, in Anbetracht des Umstandes, daß Poisson doch eben nur seine Pflicht erfüllte, wenn er dies auch mit unverkennbarer Bravour gethan hat.) — Heute kam vor dem hiesigen Civilgericht der Prozeß zur Entscheidung, den die Erben des Baron Reinach und die Liquidatoren der Panama-Gesellschaft gegen Cornelius Herz angestrengt hatten. Der Prozeß drehte sich um die von Frau Herz erworbenen Grundstücke, die von den Gläubigern des Dr. Herz als Pfand für ihre Forderungen verlangt werden. Das Gericht entschied, daß die Grundstücke Eigentum des Herz und daß die Gläubiger des Letzteren daher mit ihrer Forderung im Rechte sind. (Herz hatte durch Drohungen mit neuen Enthüllungen vergeblich versucht, die Niederlegung des Prozesses zu erlangen.) — Der unter der Anklage betrügerischer Manipulationen verhaftete Finanzmann Baron de Soubeyran ist gegen eine Bürgschaft von 200 000 Frks. heute vorläufig freigelassen worden. (Diese Freilassung wird allerdings nicht nach dem Geschmack der Radikalen sein und man dürfte von dieser Seite bald hören, daß die Regierung den Baron, der früher monarchistischer Abgeordneter und ein Vertrauensmann der Konservativen war, nur aus Rücksicht auf die Konservativen auf freien Fuß gesetzt habe. Ist doch das jetzige Ministerium Casimir Périer den Radikalen ohnehin als zu konservativ gefürchtet verächtlich. Aber indem die Regierung den Baron von Soubeyran verhaften ließ, hat sie doch schon gezeigt, daß sie den Gang der Gerechtigkeit nicht durch politische Rücksichten beeinflussen läßt.)

Rumänien.

Bukarest, 15. Febr. (Tel.) In der Kammer kam heute eine Interpellation der Liberalen wegen des Austritts einer größeren Zahl von aktiven Offizieren aus dem Armeeverbande zur Verhandlung. Nach einer längeren Erklärung des Kriegsministers wurde eine Tagesordnung beantragt, die dem Kabinete das Vertrauen der Kammer ausspricht. Die Abstimmung über die Tagesordnung findet morgen statt.

Badischer Landtag.

* Karlsruhe, 16. Febr. 34. öffentliche Sitzung der Zweiten Kammer unter dem Vorsitz des Präsidenten Gönner.

Am Regierungstisch: Minister v. Brauer, Präsident des Ministeriums des Innern Geh. Rath Eisenlohr, Ministerialdirektor Dr. Schenkel und Ministerialrath Dr. Slockner.

Nach Bekanntgabe der Eingänge legt Minister von Brauer einen Gesekentwurf vor, betr. den Bau einer Privatbahn von Bruchsal über Abstadt nach Odenheim und eine Abzweigung nach Meringingen.

Es wird hierauf in die Tagesordnung eingetreten und in der Generaldiskussion über das Budget des Ministeriums des Innern fortgefahren. An der Diskussion beteiligten sich die Abgg. Wilkens, v. Wuol, Klein, Wertheim, Dreesbach, Fieser, Plattmann, Frank, Muser, Koelle, Wacker, Geh. Rath Eisenlohr und Ministerialdirektor Schenkel. Um 3/3 Uhr wurde die Sitzung abgebrochen.

* Karlsruhe, 16. Febr. 35. öffentliche Sitzung der Zweiten Kammer. Tagesordnung auf Samstag den 17. Februar, Vormittags 9 Uhr. 1. Anzeige neuer Eingaben. 2. Fortsetzung der Beratung der Berichte der Budgetkommission über das Budget des Großh. Ministeriums des Innern für 1894/95, und zwar: Titel I bis XI, XIX und XX der Ausgabe, Titel I und II der Einnahme (Berichterfasser: Abg. Landt); Titel XIV bis XVI der Ausgabe, Titel V—VII der Einnahme (Berichterfasser: Abg. Frank).

An die Abgeordneten der Zweiten Kammer hat Herr Abgeordneter Anwalt Reumann nachfolgende Erklärung gelangen lassen: „Geehrte Herren! Befanntlich hat Herr Abgeordneter Rüdiger in der Sitzung vom 31. v. M. vortragen, er habe von Freibur einen Brief erhalten, wonach dortige Anwälte Agenten halten, welche ihnen Klienten zuführen und zu Prozessen anstiften. Er hat sogar geglaubt, das Treiben der Anwälte der besonderen Ueberwachung der Regierung empfehlen zu müssen. Ich habe in meiner Stellung als Mitglied des Ehrengerichts der badischen Anwälte und sodann als Vorstand des „Anwaltsvereins Freiburg“ Herrn Rüdiger aufgefordert, mir die Namen der betreffenden Anwälte zu nennen und Anhaltspunkte und Beweismittel an die Hand zu geben, um von Seite des Anwaltsverbandes die Sache weiter zu verfolgen und vorzutreiben, was die Integrität und die Ehre des Anwaltsstandes verlangen. Eine gleiche Aufforderung ist dem Herrn Abgeordneten Rüdiger seitens des Vorsitzenden des Anwaltsverbandes, Herrn Baumgartl, zugegangen. Herr Rüdiger hat unseren Aufforde-

runge bis heute nicht entsprochen: er hat mir mitgeteilt, daß in einem an ihn von „vielen Bewohnern Freiburgs“ gerichteten Briefe die Namen der betreffenden Anwälte nicht genannt seien. Er glaube, die Regierung und der Anwaltsverein hätten Mittel und Wege, um solchen Dingen und Personen auf die Spur zu kommen. Als Volksvertreter sei er berechtigt, auf den ihm mitgetheilten Mißstand aufmerksam zu machen. Ich habe diese Antwort für ungenügend gehalten und ihn zum zweitenmal aufgefordert, meinem Ersuchen zu entsprechen, indem ich ihm zusagte, die Namen seiner Gewährsmänner nicht zu nennen, um ihm alle Ungelegenheiten zu ersparen. Auch Herr Baumhart war veranlaßt, eine zweite Aufforderung zu erhalten bis heute keine Antwort, wohl aus dem einfachen Grunde, weil Herr Rüdiger seine Gewährsmänner nicht kennt und die Quelle seiner Bittschrift und Anklage ein „anonymes Schreiben“ war. Eine öffentliche Richtighaltung dieses Sachverhalts in der hohen Kammer glaubte der Herr Präsident aus Erwägungen der Geschäftsordnung nicht zulassen zu können. Ich wählte deshalb den Weg der privaten Mittheilung an die Herren Kollegen, ihrem Urtheile die Würdigung des Vorgehens des Herrn Rüdiger überlassend.“

Großherzogthum Baden.

Karlsruhe, den 16. Februar.

Seine königliche Hoheit der Großherzog nahm heute Vormittag einen längeren Vortrag des Präsidenten Buchenberger entgegen und empfing dann den Geheimrath Freiherrn v. Ungern-Sternberg zu kurzer Vortragserstattung. Nachmittags hörte Seine königliche Hoheit die Vorträge des Geheimraths von Regenauer und des Legationsraths Dr. Freiherrn von Babo.

Der Staatsanzeiger für das Großherzogthum Baden Nr. 3 vom heutigen Tage theilt eine größere Reihe (in der „Karlsruher Zeitung“ schon mitgetheilte) unmittelbarer allerhöchster Entschlüsse seiner königlichen Hoheit des Großherzogs und Nachrichten über das Post- und Telegraphenwesen mit. Es schließen sich daran verschiedene Verfügungen und Bekanntmachungen der Staatsbehörden.

Großh. Hoftheater. Die wegen eingetretener Hindernisse kürzlich verschobene Eröffnung von Carl Heddels einaktigem Schauspiel: „Sonnenwende“ ist nun auf nächsten Freitag verschoben. Die Rollen des Stückes liegen in den Händen der Damen Kachel, Böcker, Bichler und der Herren Waldel, Böcker, Kempf. Außerdem bringt das Schauspiel der nächsten Woche Wiederholungen von „Emilia Galotti“ und „Mein Leopolde“. Am Sonntag, 25. Februar, wird neu einstudirt, „Die Hochzeit des Figaro“ in Scene geben. Die Partien der Ober liegen in den Händen der Damen Reuß (Gräfin), Frisch (Suzanne), Königslatter (Cecilia), Friedlein (Marceline), Meyer (Barbarina) und der Herren Corbs (Graf), Heller (Figaro), Nebe (Bartholo), Gugenbühler (Basilio), Salgado (Don Curzio), Ludwig (Antonio). Die beiden Gastspiele des Herrn Emil Söberg sollen am 6. und 7. März stattfinden, und zwar wird der Künstler am ersten Abend den „Bogensänger“, am zweiten den Violon in „Martha“ singen. Schallpfeifer's „Julius Caesar“ soll am 4. März neu einstudirt in Scene geben.

Am Beschäftigungspersonal ist während des Monats Januar im Oberpostdirektionsbezirk Karlsruhe die Summe von 29 359 M. 50 Pf. eingenommen worden. Rechnet man hierzu die Einnahmen in den Vormonaten seit dem 1. April 1893, so ergibt sich für den bisherigen Theil des Etatsjahres eine Gesamteinnahme von 226 276 M. 70 Pf. was gegen den gleichen Zeitraum von 1892/93 eine Mehrereinnahme von 9 369 M. 80 Pf. ausmacht. Im Konstanzer Oberpostdirektionsbezirk wurden an Beschäftigungspersonal im Januar 7 509 M. 40 Pf. und in dem Zeitraum seit dem 1. April vorigen Jahres 62 342 M. 80 Pf. eingenommen, was gegen den gleichen Zeitraum 1892/93 eine Wenigereinnahme von 4 995 M. 30 Pf. bedeutet.

Die Handelskammer für den Kreis Karlsruhe hat in einer gestern abgehaltenen Versammlung beschlossen, in Zuschriften an den Reichstag sich für die Annahme des deutsch-russischen Handelsvertrags und für die Beibehaltung der Goldwährung auszusprechen.

Mannheim, 15. Febr. (Städtisches. — Bankbruch Badenheim.) Der Stadtrat hat beschlossen, an dem Bassin des Springbrunnens des Wasserthurms vier Tritonen zur Aufstellung zu bringen, welche Thiergestalten umschlingen, die den Wasserstrahl nach der Mitte des Hauptstrahls speien. Der Kostenaufwand für die vier Figuren beläuft sich auf 2 760 M. — Die Stadtdärterei hat sich als unzureichend erwiesen und soll deshalb vergrößert werden durch Ankauf eines bedeutenden Grundstücks, auf dem zugleich ein neues Gewächshaus errichtet werden soll. Die Kosten für die Neuanlagen betragen 15 000 M. — Der städtische Zuschuß für die hiesige Centralanstalt für Arbeitsnachweis ist vom Stadtrat von 600 M. auf 1 200 M. erhöht worden. — Ferner genehmigte der Stadtrat das Projekt einer Straßenüberführung zwischen der Stadt und dem Lindenhof. Die Kosten dieses Projektes betragen 794 000 M. — Der Evangel. Arbeiterverein Mannheim hat im Interesse der Sonntagstrübe für die beim städtischen Viehhof beschäftigten Arbeiter an den Stadtrat den Antrag gestellt, den hiesigen wöchentlichen Viehmarkt vom Montag auf einen andern Wochentag zu verlegen. Dem Antrag konnte jedoch nicht entsprochen werden, da alle großen Viehmärkte Montags beginnen, dies mit dem Betrieb des Metzgerhandwerks zusammenhängt, und eine Einrichtung, die mit der Ernährung der ganzen Bevölkerung eng verbunden ist, von einer oder mehreren Städten nicht einseitig abgeändert werden kann. — Von dem verschwundenen Bankier Radenheim hat man noch immer keine Spur. Das in der hiesigen Stadt verbreitete Gerücht, wonach die Leiche des Radenheim bei Dypau im Rhein gelandet worden sein soll, bekämpft sich nicht. Wie jetzt bekannt wird, ist der Status des saliten Bankhauses ein keineswegs so günstiger, wie man anfangs annahm. Schon im Herbst vorigen Jahres soll sich die Firma in Zahlungsschwierigkeiten befunden haben, und es wäre der Zusammenbruch schon damals erfolgt, wenn nicht Verwandte des Ludwig Radenheim Hilfe geleistet hätten. Wie sich jetzt herausgestellt hat, befindet sich auch die Deposits der Firma nicht vollständig in Ordnung und die Unterbilanz ist eine nicht unbedeutende.

Heidelberg, 15. Febr. (Die hiesige Handelskammer) hat gestern die diesjährige Generalversammlung der Wahlberechtigten zur Handelskammer abgehalten. Dabei hielt der Präsident, Herr Bankdirektor Weidig, einen Vortrag über den deutsch-russischen Handelsvertrag. Aus seinen Mittheilungen ging hervor, daß im Bezirk der Handelskammer mehrere Industriebetriebe vorhanden sind, die an dem Zustandekommen des Vertrags

ein großes Interesse haben. Es wurde der Vorschlag gemacht und einmüthig angenommen, eine Bittschrift um Annahme des Vertrags an den Reichstag zu richten und auch den Reichstagsabgeordneten des Bezirks zu ersuchen, seine Stimme für den Vertrag abzugeben.

Verschiedenes.

W. Berlin, 15. Febr. (Das Landgericht) verurtheilte heute den Schlosser Wiese und den früheren Redakteur des Anarchistenblattes „Sozialist“, Pawlowicz, wegen Aufreizung zu Gewaltthatigkeiten, Ersteren unter Einrechnung einer bereits erkannten neunmonatlichen Gefängnißstrafe zu einjähriger, Letzteren zu dreimonatlicher Gefängnißstrafe. Wegen den mitangeklagten, aber flüchtigen Drucker Werner wurde Haftbefehl erlassen.

Wöttingen, 15. Febr. (Bürger-Denkmal.) Hier hat sich ein Comité gebildet, um dem auf dem Weender Friedhofe beerdigten Dichter Gottfried August Bürger zu seinem 100jährigen Todestage am 8. Juni 1894 ein Grabdenkmal zu setzen. Die Ausführung des Denkmals soll dem Bildhauer Eberlein in Berlin übertragen werden.

R.B. London, 16. Febr. (Tel.) (Explosion.) Gestern Nachmittag fand in Greenwich, in der Nähe des dortigen berühmten Observatoriums, eine heftige Explosion statt. Am Explosionsorte fand man einen durch Brandwunden furchtbar entstellten Menschen, der zwar noch lebte, aber kurze Zeit darauf starb. Man fand außerdem Bruchstücke einer Flasche auf der Straße. In der Tasche des Mannes befand sich eine auf den Namen „Bourbon“ lautende Karte. Man vermutet, daß man es mit einem Ausländer zu thun hat, der gefandt war, um ein Attentat gegen das Observatorium zu unternehmen, aber daran durch den Umstand verhindert wurde, daß der Explosivstoff in der Flasche zu früh explodirte.

N.A. Selsingfors, 16. Febr. (Tel.) (Eisanga.) In der vorigen Nacht legte sich das Eis zwischen dem südlichen Theil des Finnischen Meerbusens und dem Nordmeer in Bewegung. Ueber das Schicksal von hundert Fischern, die sich unterwegs befanden, ist nichts bekannt. Es sind umfassende Vorkehrungen zu deren Rettung getroffen.

Neueste Telegramme.

(Nach Schluß der Redaktion eingetroffen.)

Berlin, 16. Febr. Der Reichstag berieth heute den Etat des Auswärtigen Amtes. Die Befolgung des Staatssekretärs ward ohne Debatte bewilligt. Als Referent der Budgetkommission befürwortete Abg. Prinz Arenberg die neu geforderten Stellen eines Direktors für die handelspolitische und eines ständigen Hilfsarbeiters für die Rechtsabtheilung, eines vortragenden Raths für die handelspolitische und eines ständigen Hilfsarbeiters für die Rechtsabtheilung des Auswärtigen Amtes. Abg. Staudy (kons.) wünscht die Begründung eines besonderen Reichsamtes für kolonialpolitische Angelegenheiten.

Abg. Hamacher betrachtet die Herstellung eines Kolonialreichsamtes gleichfalls als das Endziel seiner Wünsche und sagt, der Vorschlag der Regierung sei ein Schritt vorwärts auf diesem Wege. Die Forderungen wurden bewilligt, ebenso der Titel: „Gesandtschaft in Athen“.

Bei dem Titel „Gesandtschaft in Bukarest“ brachte Haffe (nat. lib.) den Fall der Bukarester Petroleumgesellschaft Blumenfeld und Singer zur Sprache. Auch dieser Titel ward bewilligt.

Bei dem Titel „Votschafte in Rom“ sprach der Reichstag die geforderte Zulage für den dortigen Votschafte (20 000) Mark und genehmigte im übrigen den Titel. Direktor Reichard erklärte, durch eine Ordre vom August 1893 sei die ungehinderte Durchfuhr des Transitreisepasses gesichert.

Bei dem Titel „Konsulat in Athen“ fragt Schmidt-Warburg (Centr.), ob die Regierung Schritte zu Gunsten der Besitzer griechischer Staatspapiere gethan habe. Reichstagskanzler Graf v. Caprivi bejahte diese Frage. Der Titel ward bewilligt.

Bei dem Titel „Konsulat in Port-Alegre“ wünscht Haffe eine Vermehrung der Berufskonsulate in Brasilien. Richter meinte dagegen, die Hoffnungen, die man an die Berufskonsulate knüpfte, hätten sich bisher nicht immer erfüllt.

Bei dem Titel „Unterstützung deutscher Schulen im Auslande“ wünschte Haffe reichere Aufwendungen für die deutschen Schulen in der Levante. Der Titel ward bewilligt, ebenso der Rest vom Etat des Auswärtigen Amtes, ausgenommen die auf die Kolonie bezüglichen Posten, welche bei der hierauf beginnenden Berathung des Kolonialstats miterörtert werden.

Berlin, 16. Febr. Das „Armeereordnungsblatt“ veröffentlicht eine kaiserliche Kabinettsordre, betreffend die größeren Truppenübungen im Jahre 1894. Das I. und XVII. Armeecorps (ost- und westpreussisches) halten Manöver vor seiner Majestät dem Kaiser ab, darunter ein dreitägiges gegen einander. Jedem der beiden Armeecorps wird eine Luftschifferabtheilung zugetheilt. Bei dem Gardecorps, sowie bei den Armeecorps III bis XI finden Generalstabübungen statt, bei dem IX. und X. Armeecorps Festungs-Generalstabsübungen. Außerdem finden beim Gardecorps, dem IV., VII., IX., X., XI., XV. und XVII. Armeecorps Kavallerieübungen statt. Größere Pionierübungen werden abgehalten bei Glatz, Verdun, Mainz und Straßburg. Die Rückfuhr der Fußtruppen in die Standorte muß bis zum 29. September erfolgt sein, welcher Tag als spätester Entlassungstag gilt.

Berlin, 16. Febr. Das Landgericht verurtheilte den Anarchisten Dr. Babitslan Gumplovich aus Graz, den Sohn des bekannten Staatsrechtslehrers, wegen Verächtlichmachung staatlicher Einrichtungen und Widerstands gegen die Staatsgewalt, begangen bei der bekannten Versammlung der Arbeitslosen auf dem Eisfelder, zu ein Jahr sechs Monaten Gefängniß. Der Staatsanwalt hatte nur ein Jahr Gefängniß beantragt. (Es ist also der ungewöhnliche Fall eingetreten, daß das Gericht in der Bestimmung des Strafmaßes über den Antrag der Staatsanwaltschaft hinausgegangen ist.)

Kiel, 16. Febr. Auf dem neuen Panzerschiff „Brandenburg“ fand eine Dampfexplosion statt. Es sollen

zahlreiche Personen getödtet und verwundet sein. Einzelheiten fehlen.

Dresden, 16. Febr. Die Besserung im Befinden Seiner Majestät des Königs schreitet in erfreulicher Weise fort. Der Schlaf und das Allgemeinbefinden sind gut; es ist jedoch geboten, daß der Patient noch einige Zeit das Bett hütet.

Augsburg, 16. Febr. Die „Postzeitung“ erfährt von bestunterrichteter Seite, die bayrische Regierung habe dem deutsch-russischen Handelsvertrage im Prinzip schon bei Beginn des Meinungs-austausches und dann im Laufe der Verhandlungen auch den Einzelheiten des Vertrags zugestimmt; sie betrachte sich in der ganzen Frage als gebunden. Zur Aufhebung des Identitätsnachweises habe die Regierung bisher noch keine offizielle Stellung genommen, doch hoffe sie zuversichtlich, daß Preußen die Staffeltarife ohne besondere Gegenleistungen in kurzer Zeit aufheben werde. (Diese Mittheilung der „Postzeitung“ richtet sich gegen die am vorigen Samstag von einem Hamburger Blatt gebrachte Meldung, laut welcher Bayern seine Zustimmung zu dem Handelsvertrag mit Rußland von den Entscheidungen über den Identitätsnachweis und die Staffeltarife abhängig gemacht habe. Die Nachricht des Hamburger Blattes ist schon Anfangs dieser Woche von der „Post“ für grundlos erklärt worden.)

Paris, 16. Febr. Die Polizei hat die letzte Wohnung Emil Henry's entdeckt und darin Ueberreste von chlorsaurem Kali gefunden. (Diesen Stoff hatte der Attentäter zur Herstellung seiner Bombe verwandt.) Seine Wohnung war in der Nacht vorher von Genossen Henry's ausgeleert worden, die alle kompromittirenden Schriftstücke beseitigten. Man schließt daraus, daß Henry Mitschuldige hatte, nach denen eifrig geforscht wird. (Der Verbrecher selbst läugnete beinahe entschuldigend, daß er Mitverschwehene habe, die Polizei schenkte aber dieser Aussage keinen Glauben.)

London, 16. Febr. Dem Reuter'schen Bureau zufolge tritt in Rio de Janeiro das gelbe Fieber auf.

Kopenhagen, 16. Febr. Generalleutnant Peter Frederik Steinmann, ehemaliger Kriegsminister, ist heute gestorben.

Großherzogliches Hoftheater.

Sonntag, 18. Febr. 1. Vorst. außer Ab. „Die Walküre“, in 3 Aufzügen von Richard Wagner. Anfang 6 Uhr.

Montag, 19. Febr. 3. Sondervorstellung außer Ab. zu ermäßigten Preisen: „Johf und Schwert“, historisches Lustspiel in 5 Akten von Gutzkow. Anfang 7 Uhr.

Familiennachrichten.

Auszug aus dem Karlsruher Standesbuch-Register.

Geburten. 6. Febr. Frieda Luise, B.: Fritz Erub, Wachtmeister. — 12. Febr. Erwin Franz Josef, B.: Franz Josef Heudert, Postassistent. — 13. Febr. Karl Friedrich, B.: Karl Ekedt, Rutscher. — 16. Febr. Elisabeth Katharina Magdalena, B.: Joh. Felbauer, Kaufmann.

Eheausgehote. 15. Febr. Johann Monami von Sulzern, Aussenhier, mit Rosa Fieger von Buchen. — Wilhelm Kolb von hier, Maler hier, mit Sofie Fashind von Altheim.

Todesfälle. 14. Febr. Karl Kendrick, Witwer, Privatier, 60 J. — 15. Febr. Karl Wilhelm, 4 M. 30 J., B.: Wilhelm Dutenhöfer, Wagenwärter. — Viktor Raths, Witwer, Tapezier, 52 J. — Luise Kierchenlohr, ledig, Kellnerin, 29 J. — Karl, 1 J. 8 M. 24 J., B.: Karl Ekedt, Rutscher. — 16. Febr. Rosa, 3 J., B.: Josef Schönlitz, Wirth.

Witterungsbeobachtungen der Meteorol. Station Karlsruhe.

Februar	Barom.	Therm.	Windsch.	Relative Feuchtigk.	Wind.	Witter.
15. Nachts 9 ^h 11.	758.0	- 1.2	35	84	E	heiter
16. Morgs. 7 ^h 11.	757.7	- 3.4	3.0	85	NE	bedeckt
16. Mittags 2 ^h 11.	756.9	+ 3.0	3.4	59	„	„

1) Reif.

Höchste Temperatur am 15. Februar + 4.5°; niedrigste heute Nacht - 5.0°.

Niederschlagsmenge der letzten 24 Stunden 0.0 mm.

Lufttemperatur am 16. Februar, 7 Uhr 26 Min. Früh: - 9.3°; Schneehöhe 15 cm.

Wasserstand des Rheins. Magau, 16. Febr., Morgs., 2.29 m, gefallen 10 cm.

Weiterbericht vom 16. Februar 1894.

Hoher Druck zieht sich heute von Standinavien aus, wo sein Kern liegt, quer durch Mitteleuropa bis Oberitalien hin; in seinem Bereich ist das Wetter bei leichtem Frost vorwiegend heiter. An den Randgebieten machen sich Depressionen geltend, im Westen und Nordwesten ist es bei südlichen Winden trüb und ziemlich milde, im Osten dauern die Schneefälle fort. Ein Witterungsumschlag scheint bei uns voreinst nicht bevorzuziehen.

Frankfurter telegraphische Kursberichte vom 16. Februar 1894.

Staatspapiere.	Bankaktien.	Disconto-Kommandit
8 1/2% D. Reichsanleihe 88.55	Schweiz. Nordostbahn 106.30	Karlsruher 151.30
4 1/2% „ „ 107.75	„ „ 154.49	„ „ 152.50
4 1/2% „ „ 107.65	„ „ 59. —	„ „ 62.70
4 1/2% „ „ 103.28	„ „ 85.60	„ „ 125.10
4 1/2% „ „ 103.90	„ „ 200. —	„ „ 218.50
Deuterr. Goldrente 98.05	Hess. Ludwigsbahn 112.70	„ „ 140.10
„ Silberrente 79.85	„ „ 109.42	„ „ 861.87
„ Ungar. Goldrente 95.85	„ „ 81.86	„ „ 813.70
„ Orientanleihe 69.69	„ „ 163.10	„ „ 109.10
„ Italien. Comptant 78.80	„ „ 16.25	„ „ 61.25
„ „ 103.90	„ „ 16.25	„ „ 98.02
„ „ 61.60	„ „ 16.25	„ „ 857.50
„ „ 92.40	„ „ 16.25	„ „ 861.87

Paris. 8 1/2% D. Reichsanleihe 101.10, 4 1/2% „ „ 107.75, 4 1/2% „ „ 107.65, 4 1/2% „ „ 103.28, 4 1/2% „ „ 103.90, Deuterr. Goldrente 98.05, Silberrente 79.85, Ungar. Goldrente 95.85, Orientanleihe 69.69, Italien. Comptant 78.80, „ „ 103.90, „ „ 61.60, „ „ 92.40, Disconto-Kommandit 151.30, Karlsruher 151.30, „ „ 152.50, „ „ 62.70, „ „ 125.10, „ „ 218.50, „ „ 140.10, „ „ 861.87, „ „ 813.70, „ „ 109.10, „ „ 61.25, „ „ 98.02, „ „ 857.50, „ „ 861.87, „ „ 813.70, „ „ 109.10, „ „ 61.25, „ „ 98.02, „ „ 857.50.

Verantwortlicher Redakteur: Wilhelm Harber in Karlsruhe.

(Einjährig-Freiwilligen- und Primaner-Examen.) Die Zöglinge des Instituts Fecht in Karlsruhe erlangen unter gewissenhafter geistiger und sittlicher Pflege eine allgemein wissenschaftliche Bildung. Schon neumal haben sämtliche Examenkandidaten die Einjährig-Freiwilligen Prüfung bestanden und bis jetzt von 395 Zöglingen 365 den Berechtigungsschein erlangt. Durch die neueste Erweiterung bietet die Schule jungen Leuten Gelegenheit, sich nicht allein auf mittlere Klassen höherer Lehranstalten, sondern auch zum Primaner- beziehungsweise zum Fähnrich-Examen vorzubereiten.

Die Tilgung der 4%igen Eisenbahn-Anleihen von den Jahren 1859-61, 1862-64, 1878 und 1879 betreffend.

Infolge der heute stattgehabten Ziehungen werden folgende Schuldverschreibungen auf die beiseitegesetzten Termine zur Heimzahlung gefällig:

A. In der XXVII. Ziehung von dem auf 1. März und 1. September verzinlichen Anleihen von 1859-61 auf 1. September 1894

- 204 Stück zu 1000 fl., 500 fl. und 100 fl. (zahlbar mit 1714 M. 29 S., 857 M. 15 S. und 171 M. 43 S.)

B. In der XXVII. Ziehung von dem auf 1. April und 1. Oktober verzinlichen Anleihen von 1862-64 auf 1. Oktober 1894

- 307 Stück zu 1000 fl., 500 fl., 200 fl. und 100 fl. (zahlbar mit 1714 M. 29 S., 857 M. 15 S., 342 M. 86 S. und 171 M. 43 S.)

C. In der XV. Ziehung von dem auf 1. März und 1. September verzinlichen Anleihen des Jahres 1879 auf 1. September 1894

- 171 Stück zu 2000 M., 1000 M., 500 M., 300 M. und 200 M.

D. In der XVI. Ziehung von dem auf 1. April und 1. Oktober verzinlichen Anleihen des Jahres 1878 auf 1. Oktober 1894

- 88 Stück zu 2000 M., 1000 M., 500 M., 300 M. und 200 M.

Die mit + bezeichneten Schuldverschreibungen Lit. C. Nr. 2502 zu 200 fl. ist mit Zahlungsperre belegt.

Borstellende unter A bis D genannte Schuldverschreibungen werden mit dem Nennwert heimbezahlt und von den Heimzahlungsterminen an nicht mehr verzinst.

Wer die Zahlung vor den Heimzahlungsterminen zu empfangen wünscht, kann solche bei sämtlichen Anleihen sofort mit den laufenden Zinsen bis zum Zahlungstage erhalten.

Noch im Ausstände befindliche Schuldverschreibungen aus früheren Verlosungen:

- A. Vom 4% Anleihen von 1859/61. Lit. A. zu 1000 fl. (zahlbar mit 1714 M. 29 S.) Nr. 1849, 2053, 2487, 3273, 3599, 5275, 7487, 7751, 9971, 9989, 11021.

Gerichtlich aufgeboden sind die nachgenannten Schuldverschreibungen:

- 1) Vom 4% Anleihen von 1859/61. zu 500 fl. Nr. 3277.

Allen Personen, welche eine zur Konkursmasse gehörige Sache in Besitz haben oder zur Konkursmasse etwas schuldig sind, wird aufgegeben, nichts an den Gemeinschuldner zu verschulden oder zu leisten, als die Verpflichtung aufzuerlegen, von dem Besitze der Sache und von den Forderungen, für welche sie aus der Sache abgetrennte Verbindlichkeiten zu übernehmen, dem Konkursverwalter bis zum 1. März 1894 Anzeige zu machen.

Freiburg, den 13. Februar 1894. Der Gerichtsschreiber Dr. v. Frey.

Druck und Verlag der G. Braun'schen Hofbuchdruckerei.

MUSEUM-SAAL. Montag den 19. Februar d. J., 7 Uhr Abends: ZWEITES CONCERT des neunjährigen Hofpianisten Raoul Koczalski, Ritter mehrerer Orden.

Todesanzeige. Bruchsal. Freund und Bekannten stat jeder besonderen Anzeige die schmerzliche Nachricht, daß unsere liebe Mutter, Großmutter und Schwester, Frau Emilie Nonella, geb. Rouffy, heute 4 1/2 Uhr nach schweren Leiden sanft verschieden ist.

Groß. Bad. Staats-Eisenbahnen. In den vom 1. Oktober 1889 gültigen Ausnahmestellen für Getreide etc., Teil III Heft Nr. 3, des k. k. österreichisch-ungar. Staatsbahn-Ges. mit den für Dmüg gültigen Frachttarifen mit Wirkung vom 15. Februar l. J. aufge nommen worden.

Groß. Bad. Staats-Eisenbahnen. Die alte freistehende Schutzhalle auf dem Bahnhöfe in Forstheim soll an Abbruch öffentlich versteigert werden.

BOVRIL. garantiert Product aus Prima Ochsenfleisch, ist zu Bouillon, Suppen & Saucen von feinstem Wohlgeschmacke und enthält 50 mal mehr Nährstoff als alle bekannten Fleischextracte.

Groß. Bad. Staats-Eisenbahnen. Die alte freistehende Schutzhalle auf dem Bahnhöfe in Forstheim soll an Abbruch öffentlich versteigert werden.

General-Depôt für Deutschland: F. Mayer & Cie. Karlsruhe i. B.

Wunderhüner Landhüh. Wein- und Obstgut, hoch rentierend, prächtige Aussicht, 1 Std. von Karlsruhe, Bad., Wohnhaus mit 11 Zimmern, billig zu verkaufen.

Groß. Bad. Staats-Eisenbahnen. Die alte freistehende Schutzhalle auf dem Bahnhöfe in Forstheim soll an Abbruch öffentlich versteigert werden.

Bürgerliche Rechtspflege. Öffentliche Zustellungen. G. 529. I. Nr. 1916. Karlsruhe. In Sachen des Goldarbeiters Christof Brand in Forstheim, vertreten durch Rechtsanwalt Brombacher dafelb., gegen seine Ehefrau, Friederike, geborene Lament, zur Zeit an unbekanntem Orte abwesend, wegen Ehescheidung, laßt Kläger die Beklagte zur mündlichen Verhandlung des Rechtsstreits vor die II. Civilkammer des Groß. Landgerichts zu Karlsruhe auf

Groß. Bad. Staats-Eisenbahnen. Die alte freistehende Schutzhalle auf dem Bahnhöfe in Forstheim soll an Abbruch öffentlich versteigert werden.

Sammlung den 31. März 1894, Vormittags 9 Uhr, mit der Aufforderung, einen bei dem gedachten Richter zugelassenen Anwalt zu bestellen.

Groß. Bad. Staats-Eisenbahnen. Die alte freistehende Schutzhalle auf dem Bahnhöfe in Forstheim soll an Abbruch öffentlich versteigert werden.

Zum Zwecke der öffentlichen Zustellung wird dieser Auszug der Klage bekannt gemacht.

Groß. Bad. Staats-Eisenbahnen. Die alte freistehende Schutzhalle auf dem Bahnhöfe in Forstheim soll an Abbruch öffentlich versteigert werden.

Karlsruhe, den 14. Februar 1894. Dr. Schöck, Gerichtsschreiber des Gr. Landgerichts.

Groß. Bad. Staats-Eisenbahnen. Die alte freistehende Schutzhalle auf dem Bahnhöfe in Forstheim soll an Abbruch öffentlich versteigert werden.

G. 475. 2. Nr. 2448. Raftatt. Der Förster und Tagelöhner Johann Lorenz Biggall von Grafenheide, Bezirksamt Stadtheide, zur Zeit an unbekanntem Orte abwesend, hat gegen den Bauunternehmer Max Jäger zu Raftatt unter Nr. 27. Dezember 1893 für 5 M. wegen Diensterwerb Verfallensunterschied erwirkt, gegen welche letzterer Jäger Einspruch eingelegt hat und den Kläger zur mündlichen Verhandlung über den Einspruch und die Hauptsache vor das Groß. Amtsgericht zu Raftatt auf Donnerstag den 6. April 1894, Vormittags 9 Uhr, laßt.

Groß. Bad. Staats-Eisenbahnen. Die alte freistehende Schutzhalle auf dem Bahnhöfe in Forstheim soll an Abbruch öffentlich versteigert werden.

Zum Zwecke der öffentlichen Zustellung wird dieser Auszug der Klage bekannt gemacht.

Groß. Bad. Staats-Eisenbahnen. Die alte freistehende Schutzhalle auf dem Bahnhöfe in Forstheim soll an Abbruch öffentlich versteigert werden.

Karlsruhe, den 10. Februar 1894. Raftatt, den 10. Februar 1894. Zitel, Gerichtsschreiber des Gr. Amtsgerichts.

Groß. Bad. Staats-Eisenbahnen. Die alte freistehende Schutzhalle auf dem Bahnhöfe in Forstheim soll an Abbruch öffentlich versteigert werden.

G. 512. Nr. 2079. Engen. Im Konkurs über das Vermögen des Vincenz Helme ja. in Engen ist zur Abnahme der Schlussrechnung, zur Erhebung von Einwendungen gegen das Schlussverzeichniß und zur etwaigen Beschlußfassung der Gläubiger über die nicht verwerthbaren Vermögensstücke Termin auf Freitag den 9. März 1894, Vormitt. 10 Uhr, bestimmt.

Groß. Bad. Staats-Eisenbahnen. Die alte freistehende Schutzhalle auf dem Bahnhöfe in Forstheim soll an Abbruch öffentlich versteigert werden.

Engen, 13. Februar 1894. Gr. Amtsgericht. Der Gerichtsschreiber: J. Schäffner.

Groß. Bad. Staats-Eisenbahnen. Die alte freistehende Schutzhalle auf dem Bahnhöfe in Forstheim soll an Abbruch öffentlich versteigert werden.

G. 531. Nr. 1602. Karlsruhe. Durch Urteil des Groß. Landgerichts Karlsruhe, Civilkammer IV, vom 27. Februar wurde die Ehefrau des Schriftführers Friedrich Roth, Luise, geborene Striebel hier, für berechtigt erklärt, ihr Vermögen von demjenigen ihres Ehemannes abzutrennen.

Groß. Bad. Staats-Eisenbahnen. Die alte freistehende Schutzhalle auf dem Bahnhöfe in Forstheim soll an Abbruch öffentlich versteigert werden.

Dies wird hiermit zur Kenntniß der Gläubiger gebracht.

Groß. Bad. Staats-Eisenbahnen. Die alte freistehende Schutzhalle auf dem Bahnhöfe in Forstheim soll an Abbruch öffentlich versteigert werden.

Karlsruhe, den 29. Januar 1894. Der Gerichtsschreiber: Groß. Landgericht Karlsruhe: Dandel.

Groß. Bad. Staats-Eisenbahnen. Die alte freistehende Schutzhalle auf dem Bahnhöfe in Forstheim soll an Abbruch öffentlich versteigert werden.

Bürgerliche Rechtspflege.

Konkursverfahren. G. 522. Nr. 2541. Freiburg. Ueber das Vermögen des Kaufmanns Albert Schneider dahier wird, da der Gemeinschuldner keine Zahlungseinstellung bei Gericht angezeigt hat und die Zahlungsunfähigkeit durch eine Ueberschuldung von 2000 Mk. nachgewiesen ist, heute am 13. Februar 1894, Nachmittags 4 Uhr, das Konkursverfahren eröffnet.

Konkursforderungen sind bis zum 1. März 1894 schriftlich bei dem Gerichte oder mündlich bei der Gerichtsschreiberei anzumelden.

Es wird zur Beschlußfassung über die Wahl eines anderen Verwalters, sowie über die Bestellung eines Gläubigeraus schusses und eintretenden Falls über die in § 130 der Konkursordnung bezeichneten Gegenstände und zur Prüfung der angemeldeten Forderungen auf Montag den 12. März 1894, Vormittags 11 Uhr, vor dem unterzeichneten Gerichte, Zimmer Nr. 81, Termin anberaumt.

Allen Personen, welche eine zur Konkursmasse gehörige Sache in Besitz haben oder zur Konkursmasse etwas schuldig sind, wird aufgegeben, nichts an den Gemeinschuldner zu verschulden oder zu leisten, als die Verpflichtung aufzuerlegen, von dem Besitze der Sache und von den Forderungen, für welche sie aus der Sache abgetrennte Verbindlichkeiten zu übernehmen, dem Konkursverwalter bis zum 1. März 1894 Anzeige zu machen.

Freiburg, den 13. Februar 1894. Der Gerichtsschreiber Dr. v. Frey.

G. 533. Vermögenabsonderungen.

G. 531. Nr. 1602. Karlsruhe. Durch Urteil des Groß. Landgerichts Karlsruhe, Civilkammer IV, vom 27. Februar wurde die Ehefrau des Schriftführers Friedrich Roth, Luise, geborene Striebel hier, für berechtigt erklärt, ihr Vermögen von demjenigen ihres Ehemannes abzutrennen.

G. 525. Nr. 6276. Forstheim. Zur Bewerbung offen für Incipienten seit am 1. März d. J. zu begebende Defor pitalien mit einem jährlichen Gehalt von 558 M. und 100 M. Accidenten.

Der Bewerbung sind Zeugnisse anzuschließen. Forstheim, 14. Februar 1894. Groß. bad. Amtsgericht. D o r s.

Wüt einer Beilage.)